

Rede Präsident Andreas Ehlert

(Es gilt das gesprochene Wort!)

I. Wirtschaftliche Lage des Handwerks in Nordrhein-Westfalen

Um es vorwegzunehmen: dem Handwerk in Nordrhein-Westfalen geht es gut. Wir blicken auf ein glänzendes Jahr 2018 zurück. Die konjunkturelle Stimmung war mit einem Geschäftsklima von 140 Punkten im Frühjahr auf einem historisch einmaligen Niveau. Auch der Herbstwert von 136 Punkten ist zuvor noch nie erreicht worden. Die hervorragende Stimmung wird maßgeblich von der Bauwirtschaft getragen. Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe stehen für etwa die Hälfte des Umsatzes im Handwerk.

Wir hatten auch nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung, die für die ersten drei Quartale vorliegen, eine sehr erfreuliche Entwicklung. Es gibt gute Aussichten, dass wir das Jahr 2018 mit einem nominalen Umsatzplus von 5 Prozentpunkten abschließen, im zulassungsfreien Handwerk etwas darunter, aber im zulassungspflichtigen Handwerk sogar etwas mehr. Wir sind da immer etwas vorsichtiger als im Bund. Die Erfahrung zeigt, dass auch beim Handwerk Nordrhein-Westfalen ein wenig hinter der Entwicklung im Bund zurückbleibt. Im ersten Halbjahr 2018 traf das auch wieder für die Umsatzentwicklung zu. Dafür war die Beschäftigungsentwicklung hier etwas besser als bundesweit.

Sie sehen in den Unterlagen, dass Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe dafür maßgeblich verantwortlich sind. Man kann es noch genauer einkreisen: Maurer und Straßenbauer haben im 3. Quartal bundesweit um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zugelegt, in Nordrhein-Westfalen sogar um 27%. Man könnte das als „Wüst-Effekt“ bezeichnen. Der gibt gerade im Straßenbau so viel Geld aus, dass unsere Betriebe aus dem letzten Loch pfeifen und schon Materialengpässe auftreten.

Es gibt auch gute Chancen, dass im Jahr 2018 sowohl die Beschäftigung als auch Ausbildung ausgebaut werden konnten. Wir werden da am Ende wieder ein leichtes Plus erzielen. Der Fachkräftemangel wirkt da als Bremse, das Handwerk hat in den letzten Jahren nur unter durchschnittlich von der Expansion der Erwerbstätigkeit profitiert.

Der stärkste Zuwachs bei den Betriebszahlen ist entfallen auf die Kosmetiker (766), Fotografen (527) und Gebäudereiniger (472). Die stärksten Rückgänge gibt es interessanterweise bei den Fliesenlegern (minus 257), bei denen in den vergangenen Jahren die Zunahme der Betriebszahlen besonders stark war.

Beim Ausblick auf das Jahr 2019 gibt es einige Unwägbarkeiten. Die allgemeinen Wachstumsprognosen wurden inzwischen korrigiert, die letzten beiden Quartale liefen bekanntlich gesamtwirtschaftlich nicht rund. Es stehen auch politische Risiken

im Raum: natürlich der Brexit und die handelspolitischen Konflikte, auch um die Stabilität des Euro muss man sich angesichts der Entwicklungen in Italien und Frankreich neue Sorgen machen. Verschuldung statt Reformen, das ist keine tragfähige Strategie, und die EZB stößt vermutlich bald an ihre Grenzen bei dem Versuch, durch Kollektivierung der Schuldenrisiken Zeit zu kaufen.

Auch wir im Handwerk werden an der einen oder anderen Stelle von diesen Risiken erfasst werden. Aber im Großen und Ganzen ist die Stimmung im Handwerk derzeit stabiler als in der Gesamtwirtschaft. Ein nominales Wachstum von etwa 4 Prozentpunkten scheint derzeit erreichbar.

Wir blicken auf eine außerordentlich lange und gute Wachstumsphase zurück. Die Steuereinnahmen des Staates waren noch nie so üppig, und noch nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig. Das war für die Politik bequem. Es ist nun wichtig, dass die Politik sich klug verhält und ihren Schönwetterkurs wirksam ändert. Wir brauchen jetzt z.B. endlich steuerliche Entlastungen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft.

II. Politische Lage im Bund

Man muss leider feststellen, dass die Politik darauf nur unzureichend vorbereitet ist. Die Große Koalition hat viel Zeit damit vertrödeln, sich wie die Kesselflicker zu streiten. Und dort wo sie Entscheidungen trifft, marschieren sie in die falsche Richtung.

Ansonsten aber türmt die Bundesregierung einige Zukunftslasten auf, die uns noch teuer zu stehen kommen werden. Es gibt anders als in anderen Ländern keine wirksame Steuerentlastung für Unternehmen und für die Mitte der Gesellschaft, die einen Großteil der Staatstätigkeit mit ihren Steuern finanzieren müssen, aber von sozialpolitischen Wohltaten nicht profitieren. Die sozialen Sicherungssysteme werden durch Leistungserweiterungen weiter aufgebläht, aber es gibt keine nachhaltige Finanzierung für die neuen Leistungsansprüche. Der Sozialstaat wird immer kostspieliger, und der Staat mischt sich mit viel Dirigismus in das Wirtschaftsgeschehen, in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft ein. Hier vermissen wir vor allem einen klaren ordnungspolitischen Gegenkurs aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Die politische Stabilität, die man mit der mühsamen Bildung der Großen Koalition zu erreichen versuchte, hat einen hohen ökonomischen und sozialpolitischen Preis. Den Vorschlag zur Fachkräfteeinwanderung muss man von der Kritik gerechterweise ausnehmen: Einige Details wird man sich in Ruhe anschauen und noch verbessern müssen, im Grundsatz geht die Zielsetzung der Bundesregierung in die richtige Richtung. Wir können ökonomisch nützliche Einwanderung künftig besser ermöglichen und steuern, und wir schaffen mehr Rechtsicherheit für diejenigen, die zur Ausbildung in unser Land kommen. Das ist gut für das Handwerk.

III. Diesel

Ein besonders eklatantes Politikversagen zeigt sich bei der Diskussion um den Diesel. Auch deutsche Politiker haben in Brüssel über wissenschaftlich höchst

fragwürdige Grenzwerte mitentschieden. Dann hat man jahrelang nichts dafür getan, das Land technisch und politisch auf das Einhalten dieser Grenzwerte vorzubereiten. Stattdessen hat man Abgasmanipulationen der Autoindustrie zugelassen und durch Subventionen und Innovationslenkung alle Akteure sogar in eine andere Richtung getrieben. Es hat viel zu lange gedauert, bis die Voraussetzungen für die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen geklärt waren. Und die Konditionen sind aus Sicht der Fahrzeugeigentümer nicht wirklich attraktiv. Stattdessen reicht die Politik die Hand zu einem Konjunkturprogramm für die Automobilhersteller auf dem Rücken der Verbraucher. So drohen nun in mehreren Städten Fahrverbote und massive Eingriffe in die Mobilität – genau das Gegenteil von dem, was die Wirtschaft und viele Pendler nötig haben. Die Erwartung des Handwerks ist klar: Es darf keine Fahrverbote geben. Und wenn sie sich doch nicht verhindern lassen, dann müssen ganz, ganz schnell großzügige, unbürokratische Ausnahmeregelungen her. Aber vor allem muss diese absurde Logik des Diesalthemas durchbrochen werden. Die unsinnigen Grenzwerte müssen vom Tisch, und wir brauchen eine tragfähige Strategie für die Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Verkehrskonzepten. Und es darf nicht länger sein, dass der Verbraucher die Zeche für politische Fehlentscheidungen der Politik und Fehlverhalten der Automobilhersteller zahlen müssen. Vor allem mittelständische Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für die Modernisierung ihrer Fuhrparke.

IV. Mittelstandspolitik und Entfesselung

Die aktuelle Dieselproblematik konterkariert alle Ansätze, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne zu bringen und ihn insbesondere für mittelständische Unternehmen attraktiv zu machen.

Wir sind sehr froh darüber, dass die Landesregierung unter Federführung von Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart sehr schnell große Anstrengungen zum Bürokratieabbau entwickelt. Mit den ersten drei Entfesselungspaketen ist da schon viel Richtiges auf den Weg gebracht worden.

Unsere Erwartung und unser Appell ist, dass die Landesregierung an diesem Punkt nach ersten, leichten Erfolgen nicht die Hände in den Schoß legt, sondern diesen Weg entschlossen weitergeht. Gerade für uns im Handwerk wäre es wichtig, dass mit den beiden nächsten, bereits angekündigten Entfesselungspaketen Fortschritte erzielt werden bei der Entbürokratisierung der Gewerbeförderung. Insbesondere die Meistergründungsprämie ist derzeit abschreckend kompliziert. Antrags- und Dokumentationspflichten sollten nach Möglichkeit reduziert werden, z.B. auch in dem einen oder anderen Fall durch Umstellung von EU-Mitteln auf Landesmittel.

Viel Potential gibt es aus Sicht des Handwerks auch bei Themen, die nicht nur einzelne Antragsteller betreffen, sondern jeden Betrieb angehen. Vor allem unsere Lebensmittelhandwerke ächzen unter Auflagen, die Wettbewerbsnachteile zu industriellen Herstellern bedeuten.

Für uns im Handwerk hat es große Bedeutung, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen von schlechten Traditionen löst: von einer auf Strukturerhalt angelegten Kohlepolitik, von einer dirigistischen Industriepolitik und von einem Hand zur Staatswirtschaft. Nordrhein-Westfalen muss sich stärker als in der Vergangenheit für

eine ordnungspolitisch fundierte Mittelstandspolitik öffnen. Wir setzen dabei auch darauf, dass im Laufe des Jahres eine Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes auf den Weg gebracht wird und dass darin das Clearingverfahren zur Mittelstandsverträglichkeitsprüfung gestärkt wird. Ein wichtiger Punkt dabei wäre, dass es künftig auch die Möglichkeit gibt, bestehende Normen auf ihre Mittelstandsverträglichkeit zu prüfen und aus dem Kreis der Beteiligten Verbesserungen vorzuschlagen.

Ein Punkt, den wir noch auf der Liste haben, ist die Kleine Bauvorlageberechtigung für Handwerksmeister bei einfacheren Gebäudeklassen. Wir sind mit der Modernisierung der Landesbauordnung sehr zufrieden, aber an diesem Punkt setzen wir noch auf einen zweiten Anlauf, wie ihn Ministerin Ina Scharrenbach uns gegenüber angekündigt hat. Auch die Reduzierung der Grunderwerbsteuer wäre für viele Betriebe wichtig, ganz besonders in der Gründungs- und Übergabephase. Und ich hoffe natürlich sehr darauf, dass die Landesregierung im Bundesrat verhindert, dass eine Neufassung der Grundsteuer verhindert, bürokratisch und teuer gerät wie der aktuelle Vorschlag von Bundesfinanzminister Scholz.

Die Landesregierung ist gut beraten, Mittelstandspolitik nicht als isoliertes Politikfeld zu verstehen, sondern als Querschnittsaufgabe, die in allen Ressort verfolgt werden sollte. Darauf wird es ankommen, wenn man Nordrhein-Westfalen aus der Defensivposition herausbringen will und wieder zum wirtschaftlichen Kraftzentrum der Republik machen will.

Das wird besonders wichtig für das Ruhrgebiet. Das Handwerk der Region Ruhr hat sich im vergangenen Jahr mit einem Positionspapier klar positioniert. Und die Region hat großen Nachholbedarf bei der Etablierung einer mittelständischen Unternehmenskultur. Das sind Nachwirkungen des Denkens in großen Einheiten und der damit verbundenen Versorgungsmentalität. Die Ruhrkonferenzen dürfen sich nicht nur Orchideenthemen wie Digitalisierung und Tourismus widmen, sondern muss an den Kern der Probleme ran: an die Standortbedingungen für private Unternehmen, an die Standortbedingungen für Bildung und Qualifizierung aller Art.

V. Berufliche Bildung

Für uns im Handwerk stehen neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch immer die bildungspolitischen Rahmenbedingungen im Fokus. Für uns ist zentral, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung auch politisch gelebt wird.

Dieses Gebot stellt sich in vielen Einzelfragen. So auch bei der Frage, ob wir vergleichbar zum Semesterticket für Studenten auch bald ein attraktives Azubi-Ticket bekommen. Das sind im Detail komplizierte Verhandlungen zwischen dem Verkehrsminister und den Verkehrsverbänden. Ich appelliere sehr an den Mut und den Verantwortungssinn aller Beteiligten, damit wir schnell einen attraktiven Einstieg in das Azubi-Ticket bekommen.

Wir haben nun im Bund den Kabinettsentwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes. Es ist gelinde gesagt bedauerlich, dass die betroffenen Kammern und Verbände bei der Entstehung des Entwurfs nicht wirklich eingebunden waren und dass nun die

Fristen für Stellungnahmen unverschämt kurz waren. Auch inhaltlich macht uns da vieles Bauchschmerzen. Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung lehnt der ZDH deutlich ab. Es fehlen wirksame Lösungen zur Entbürokratisierung des Prüfungswesens.

Wir nehmen wahr, dass sich im Land Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungswechsel die Aufmerksamkeit für die berufliche Bildung durch die Landespolitik deutlich verbessert hat. Das gilt für alle Fraktionen. Es geht dabei um die Verbesserung der Ausbildungsreife und um Investitionen in die Qualität der beruflichen Bildung.

Wir begrüßen sehr, dass die Landesregierung das Problem des Unterrichtsausfalls nicht ignoriert und unter den Teppich kehrt, sondern Transparenz schafft. Vermeidung von Unterrichtsausfall und Einsatz von gut qualifizierten Fachlehrern sind die Grundlage dafür, dass Schulabgänger ausbildungsreif sind. Der Einstieg in ein Schulfach Wirtschaft ist getan. Nun kommt es darauf, das neue Fach mit Leben zu erfüllen und schrittweise weiterzuentwickeln. Wichtig ist auch eine ergebnisoffene Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an allen Schulformen

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Land inzwischen deutlich mehr Mittel bereit stellt zur Sanierung und Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks. Und wir begrüßen sehr, dass Schulministerin Yvonne Gebauer das Thema Unterrichtsausfall und Fachlehrerversorgung auch an den Berufskollegs anpackt. Das ist ein dickes Brett, und es sind auch unkonventionelle Lösungen erforderlich. Es wird heute Nachmittag ein Spitzengespräch der Wirtschaftsverbände mit Yvonne Gebauer geben. Darin sehen wir ein gutes Signal. Unser gemeinsamer Anspruch muss es sein, die berufliche Bildung als gleichwertige Alternative zur akademischen Bildung zu stärken. Berufliche Bildung ist nach wie vor der beste Weg, um junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen auch angesichts der Digitalisierung durch Fort- und Weiterbildung notwendige Qualifikationen zu vermitteln. Integrations- und Sozialpolitik muss das im Blick haben.

Ich will damit sagen: Die neue Landesregierung ist inzwischen im Amt angekommen und hat bisher im Großen und Ganzen einen guten Job gemacht und richtige Entscheidungen getroffen. Das Jahr 2019 wird aber entscheidend dafür sein, ob diese Landesregierung auch bei strukturellen Themen grundsätzliche Paradigmenwechsel herbeiführen kann: Es ist jetzt die Zeit, um auch die dicken Bretter zu bohren und die Grundlage für nachhaltige Reformen zu legen.